

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. B.

Berlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Landwehrstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, Mühlstraße 2 • Druck: Westpreu-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Mollatstr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Abzugspreisliste 3 • J. v. B. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin B 30, Köpfer 46 (Berzau B 5 Barbarastraße 0914) zu richten

Nr. 15

Berlin, den 15. September 1936

17. Jahrgang

Das aufgewertete Bündnis

Warschau hat sich während der letzten Jahre gewissen Äußerungen der französischen Wirtschafts- und Außenpolitik gegenüber ablehnend verhalten. Es hat seine Bedenken gegen die französische Freundschaft mit den Sowjets geltend gemacht und sich geweigert, den Ostpakt zu unterzeichnen. Es hat gegen die Unterdrückung der polnischen Arbeiter in Frankreich Einspruch erhoben und sich nicht scheut, gegen das in seiner Industrie tätige französische Kapital vorzugehen. Es hat versucht, sich durch den Abschluß von Gewaltverzichtspakten mit seinen Nachbarn und durch die engere Zusammenarbeit mit einigen kleineren Staaten aus jener außenpolitischen Enge zu lösen, in die Frankreich nach dem Kriege seine Verbündeten hineinzuzwängen gewußt hat. Aber niemals hat Warschau die Absicht gehabt, sich von Frankreich zu trennen und es auf eine Lösung des Bündnisses ankommen zu lassen. Es hat nur verlangt, daß dieses Bündnis, der gesteigerten Bedeutung Polens als eines Faktors der europäischen Politik entsprechend, als eine Abmachung unter Gleichen aufgefaßt wird, die Polen denselben Grad politischer Eigenbeweglichkeit läßt, den Frankreich für sich in Anspruch zu nehmen gedenkt. Einer „Modernisierung“ des polnisch-französischen Bündnisses in diesem Sinne haben die Besprechungen, die Gamelin in Warschau und Rydz-Śmigły in Paris geführt haben, gegolten.

Offenbar haben beide Partner, als sie Mitte August die Besprechungen aufnahmen, unter einem gewissen Zwange gehandelt. Die Initiative scheint von französischer Seite ausgegangen zu sein, weniger vielleicht von den politischen, als von den militärischen Kreisen. Man hat den Eindruck, daß in diesen Kreisen in letzter Zeit einige Zweifel an der politischen Nützlichkeit und der militärischen Durchführbarkeit des mit Moskau abgeschlossenen Paktes aufgetaucht sind. Durch diesen Pakt hat die dem französischen Bürger unerschöpflich und berauschend erscheinende Macht des sowjetischen Reiches in den Dienst der französischen „Sicherheit“ gestellt werden sollen, eine Absicht, die sich militärisch naturgemäß nur dann verwirklichen läßt, wenn die zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Gegner gelegenen Staaten ihr nicht abgeneigt sind. Man hat sich zwar Prag mit Freuden gefügt, aber Warschau hat sich mit guten Gründen geweigert, den Truppen einer fremden, wenn auch „befreundeten“ Macht den Durchmarsch durch sein Hoheitsgebiet zu gestatten. Und die Hartnäckigkeit dieser polnischen Weigerung hat auf den Pariser Optimismus hinsichtlich der Einsatzzfähigkeit der Roten Armee im Falle eines französischen Konfliktes mit Deutschland ebenso ernüchternd gewirkt, wie die Beobachtung der inneren Spannungen und wirtschaftlichen Niederlagen des bolschewistischen Regimes das französische Vertrauen in die Aggressivkraft dieses Bundesgenossen geschwächt hat. Unter diesen Umständen ist der Versuch, das Bündnis mit Polen neu zu beleben, begreiflich. Ein Verzicht auf das sowjetische Bündnis kommt für Frankreich allerdings nicht in Frage.

Man wird zugeben müssen, daß der Zeitpunkt für einen solchen französischen Vorstoß nicht schlecht gewählt ist. Zunächst läßt sich bereits seit einiger Zeit in der Außenpolitik Polens, die nach dem Abschluß des Gewaltverzichtsabkommens mit Deutschland eine kühne und weitschauende Initiative an den Tag gelegt hat, eine gewisse Ermüdung bemerken, die ein Zurückgleiten in die altgewohnten Bahnen des außenpolitischen Lebens begünstigt. Es kommt hinzu, daß die politische Ideenwelt der durchweg deutschfeindlichen Opposition auf die regierenden Kreise sichtlich abgefärbt hat. Vor allem aber fällt ins Gewicht, daß es Polen an allen Ecken und Enden an den finanziellen Mitteln für die Durchführung der für unentbehrlich gehaltenen militärischen Aufrüstung fehlt. Die stimmungsmäßigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Wiedernäherung an Frankreich sind also vorhanden gewesen. Und die französischen Militärkreise haben die Zwangslage der Warschauer Regierung mit sichtlichem Geschick auszunutzen verstanden.

In Paris ist bei den Besprechungen Andz-Emignots mit den französischen Militärs und Politikern anscheinend zunächst nur eine grundsätzliche Einigung zustande gekommen, daß wirtschaftliche Vorteile gegen politische Zugaben ausgetauscht werden sollen. Dabei ist Polen der Teil, der von seinem Partner wirtschaftliche Vorteile erwartet, und Frankreich der Teil, der es sich leisten kann, politische Zugaben zu fordern. Ueber die Einzelheiten sind inzwischen vom französischen Handelsminister Bastid in Warschau die Verhandlungen fortgeführt worden. Polen wünscht, daß das nach der Kündigung des alten Vertrages kürzlich in Kraft getretene provisorische Wirtschaftsabkommen mit Frankreich in der Richtung einer stärkeren Berücksichtigung seiner Stellung als Schuldnerland ausgebaut wird. Polen erwartet, daß die polnischen Industriearbeiter in Frankreich, deren soziale Geringschätzung und zwangsweise Abschiebung viel böses Blut gemacht haben, in Zukunft eine lokalere Behandlung erfahren. Polen hofft, daß der Streik um das französische Kapital, dessen rücksichtslose Ausbeutermanieren in den Fällen der Sparadover Lertil- und der Warschauer Elektrizitätswerke sein Selbstbewußtsein empfindlich verletzt haben, im Sinne seiner gerichtlichen Entscheidungen beigelegt wird. Polen braucht Geld für seine militärische Rüstung. Das ist der wichtigste Punkt und zugleich Polens empfindlichste Stelle. Frankreich aber hat seinen Verbündeten noch niemals andere als politische Kredite gegeben. Es ist klar, daß Frankreich auch die für die technische Modernisierung der polnischen Armee notwendigen Mittel nur dann zur Verfügung zu stellen bereit ist, wenn es mit einiger Sicherheit annehmen kann, daß es einmal einen politischen Gewinn davon hat.

Frankreich verlangt, daß Polen sein Verhältnis zu den Staaten der Kleinen Entente nach den Bedürfnissen der französischen Diplomatie orientiert. Es ist bemüht, Polen einen solchen Entschluß zu erleichtern, indem es diese Staaten, soweit es notwendig ist, zu einer verständlichen Geste veranlaßt. Bei Südslawien ist das nicht nötig. Dessen Beziehungen zu Polen sind ohnehin niemals anders als freundlich gewesen. Was Rumänien anlangt, so ist seit der letzten Regierungsumbildung, bei der Titulescu ausgeschafft wurde, das Haupthindernis einer Wiedernäherung an Polen bereits aus dem Wege geräumt worden. Ein provisorisches Wirtschaftsabkommen ist bereits unterzeichnet; die innerpolitischen Veränderungen in Rumänien machen eine Wiederbelebung des alten Bündnisses mit Polen wahrscheinlich. Schnell scheint auch die Streitart zwischen Warschau und Prag begraben worden zu sein: Der Mährisch-Osttrauer Prozeß, dessen beleidigende Tendenz der polnischen Regierung noch vor wenigen Tagen Anlaß gegeben hat, schärfsten Protest zu erheben, ist auf Anordnung der Prager Regierung auf unbestimmte Zeit eingestellt worden, und zu gleicher Zeit haben sich Vertreter der tschechischen Kriegsteilnehmerverbände nach Warschau begeben, um dort im Geiste einer wohltemperierten Freundschaft zu wirken. Die französische Regie hat in diesem Falle sicher und schnell funktioniert. Allerdings wird von polnischer Seite zu den Pariser Verhandlungen ausdrücklich betont, daß die Erneuerung des Bündnisses eine ausschließlich polnisch-französische Angelegenheit sei, daß das polnische Bündnis mit Frankreich weder das französische Verhältnis zur Kleinen Entente noch den Pariser Pakt mit den Sowjets berühre, daß also Polen wohl Frankreich, nicht aber etwa der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei gegenüber zur Hilfeleistung verpflichtet sei.

Es dürfte jedoch schwer fallen, glaubhaft zu machen, daß diese Abgrenzung der polnischen Verpflichtungen gegenüber dem Bundesgenossen von denen gegenüber den Verbündeten des Bundesgenossen nicht nur theoretisch besteht, sondern sich im Ernstfalle auch praktisch einhalten läßt.

Warschau hält, wenigstens grundsätzlich, auch jetzt noch an seiner Weigerung fest, die Rote Armee polnisches Staatsgebiet betreten zu lassen. Auf der anderen Seite aber vertritt Frankreich die These, daß es im Falle eines Krieges mit Deutschland zum mindesten der Unterstützung durch die bolschewistische Luftwaffe bedarf. Frankreich sieht sich also, wenn es der vollen militärischen Unterstützung durch Polen und zugleich des Bestandes der roten Luftwaffe sicher sein will, vor eine doppelte Aufgabe gestellt. Es muß Polen davon überzeugen, daß es nicht in der Absicht der bolschewistischen Machthaber liegt, unter irgendeinem Vorwand polnisches Gebiet zu besetzen, daß Polen also im Bedarfsfalle seine gesamte militärische Kraft gegen Westen ansetzen kann, ohne um die Sicherheit seiner Ostgebiete besorgt sein zu müssen. Und es muß weiter erreichen, daß Polen oder Rumänien sich mit der Ueberfliegung ihres Gebietes durch die rote Luftwaffe einverstanden erklären. Es ist nicht bekannt, ob Polen eine französische „Garantie“ seiner Ostgrenzen für eine ausreichende Sicherung gegen bolschewistische Uebertrassungen hält, und in wie weit es etwa schon einer Ueberfliegung durch bolschewistische Streitkräfte seines Gebietes zugestimmt hat. In Paris wird behauptet, daß Polen seinen Protest gegen die Anlage der sowjetischen Flughäfen in der Slowakei zurückgestellt und den roten Luftstreitkräften die Ueberquerung Südostgaliziens zugesagt hat. Es kennzeichnet jedenfalls die Richtung, in die General Rodz-Emigly die Außenpolitik seines Landes hineingebrängt hat, daß solche Fragen heute in der ausländischen Presse überhaupt zur Diskussion gestellt werden können. Merkwürdigerweise macht sich die polnische Öffentlichkeit über die künftige, keineswegs klare Rolle, die die Sowjetunion im französischen Bündnisnetz spielen wird, verhältnismäßig wenig Gedanken. Es genügt ihr, zu wissen, daß sie aus ihrer Bedeutung als „erster Bundesgenosse Frankreichs“ wieder von Polen verdrängt und daß die polnische Außenpolitik wieder auf ihre „natürlichen Grundlagen“ zurückgeführt worden ist. Dr. R.

Das „andere Polen“

Es ist sehr viel von der Angleichung der drei früher staatlich getrennten Teilgebiete Polens die Rede. Aber davon, daß mitten durch das heutige polnische Staatsgebiet eine deutlich erkennbare Scheidelinie geht, wird verhältnismäßig wenig gesprochen. Während sich die alten Staatsgrenzen langsam verwischen, prägt sich diese neue Linie immer deutlicher aus. Es gibt zwei Polen; eines, das durch Namen wie Kattowitz, Lodz, Warschau, Posen und Odzingen gekennzeichnet wird, und ein anderes — östlich der Weichsel. Westfalen und Ostpreußen stehen einander unvergleichlich viel näher, als etwa Posen und das Wilnagebiet. Wer vom Rheinland nach Schlesien kommt, wird wohl die Unterschiede erkennen, die zwischen beiden bestehen, aber er wird ihre Verschiedenheit immer als ein Zeugnis für den Reichtum deutschen Landes und Volkstums erleben. Wer aber von Posen nach Larnopol fährt, wird zwischen beiden kaum ein Band innerer Zusammengehörigkeit finden. Es ist viel berechtigter, in Polen von einer Weichsel, als in Deutschland von einer Elblinie zu sprechen, — nicht nur historisch und kulturell, sondern auch wirtschaftlich und sozial.

Der polnische Staat setzt sich aus zwei in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur völlig von einander verschiedenen Gebieten zusammen. Die Industrie Polens liegt fast ausschließlich westlich der Weichsel, während sich östlich dieser Linie nur vereinzelte industrielle Niederlassungen finden, die in ihrer Verteilung den rein agrarischen Charakter des Landes nirgends zu unterbrechen vermögen. Während in der Wojewodschaft Schlesien mehr als ein Drittel und im Posenschen immerhin noch ein Sechstel der Bevölkerung von „industrieller Beschäftigung“ lebt, sind in Polesien nur 6,5 und im Wilnagebiet nur 4,4 v. H. der Bevölkerung in Industrie und Handwerk beschäftigt. Es kommt noch hinzu, daß die „industrielle Beschäftigung“ im Westen vom Mittel- und Großbetrieb, im Osten dagegen vom handwerklichen Familien- oder Alleinbetrieb charakterisiert wird, und daß im Westen

der polnische Arbeiter, im Osten aber der jüdische Handwerker das Gros der „industriell Beschäftigten“ stellt. Auf dem Gebiete des Verkehrs sind die Unterschiede kaum weniger kras. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Eisenbahnetz in den ehemals preussischen Gebieten etwa viermal so dicht ist als im östlichen Polen, daß man auf je 1 000 qkm Fläche in der Wojewodschaft Schlesien 19 mal so viel Bahnhöfe als etwa in Polesien treffen, oder daß, auf die Fläche berechnet, Pommerellen 9 mal mehr an befestigten Straßen als Wolhynien hat, Posen 13 mal mehr, als es in Polesien gibt, und daß das Straßennetz selbst in Westgalizien noch 3 bis 4 mal so dicht als in den nordöstlichen Wojewodschaften ist, daß auf je 10 000 Einwohner in den ehemals preussischen Gebieten 27,5, in Bialystok aber nur 5,2, in Wolhynien sogar nur 1,8 und in Larnopol nur 1,5 Kraftwagen kommen. Das sind alles Zahlen, aus denen sich die völlige Verschiedenheit der wirtschaftlichen Struktur der Gebiete diesseits und jenseits der „Weichsellinie“ ebenso eindeutig ablesen läßt, wie aus den entsprechenden Angaben für die Landwirtschaft, die hinsichtlich ihrer Ausrüstung mit lebendem und totem Inventar, hinsichtlich ihrer Anbaumethoden und ihrer Ernteerträge in Ostpolen weit hinter dem in Westpolen erreichten Stande zurückbleibt. Während im westlichen Polen eine ausgebildete Marktwirtschaft vorherrscht, arbeitet der Bauer weiter Gebiete Ostpolens noch fast ausschließlich für die eigene Wirtschaft oder allenfalls, auf dem Umwege über den jüdischen Händler, für das Finanzamt.

Es ist klar, daß diesen wirtschaftlichen Verschiedenheiten auch Unterschiede in Stil und Schichtung des gesellschaftlichen Lebens entsprechen. Einem verhältnismäßig hochentwickelten Schulwesen westlich der Weichsel stehen im östlichen Polen breite Landstriche gegenüber, in denen die allgemeine Schulpflicht eine behördliche Selbsttäuschung ist. Während man im westlichen Polen ein ausgeprägtes und geordnetes Städtewesen feststellen kann, liegen im Osten die Städte wie soziale (und völkische) Fremdkörper inmitten einer menschen- und verkehrsarmen Landschaft, die vor allem in Polesien und Nowogrodel von endlosen Wäldern und Sümpfen erfüllt ist. Es entfallen auf je 100 städtische Wohnhäuser in den westlichen Wojewodschaften 91, in den östlichen Wojewodschaften aber nur 15 gemauerte Häuser. Während der Lebensstandard in den ehemals preussischen Gebieten trotz seiner ständigen Senkung seit der Annaherung dieser Gebiete an Polen durchaus noch europäischen Maßstäben entspricht, fehlt für den Lebensstandard weiter Gebiete östlich der Weichsel überhaupt jede europäische Vergleichsmöglichkeit. Zwischen Polesien, Wolhynien, Samowien und der Wojewodschaft Posen oder zwischen der Wojewodschaft Nowogrodel und dem Minsker Gebiet eine stärkere wirtschaftliche und sozialkulturelle Verwandtschaft als zwischen Posen und Nowogrodel. Wenn man nach Bromberg und Krakau oder nach Lodz und Warschau kommt, hat man die Gewißheit, in einem europäischen Lande zu sein. Aber wenn man die Weichsellinie in Richtung nach Osten passiert hat, glaubt man in eine andere Welt eingetreten zu sein, in die Europa nur einzelne Inseln seiner Lebensformen eingesprengt hat. 100 Kilometer östlich der Weichsel ist es sinnlos, daß in Warschau Europas größtes Studentenheim steht; und man begreift es dort kaum noch, wieso Ödgenie eine Angelegenheit sein soll, über die man sich aufregen kann. Man hat Polen als ein „Land der Gegensätze“ bezeichnet. Es wäre richtiger, es ein „Land ohne Zusammenhänge“ zu nennen.

Es ist Polen bisher nicht gelungen, seinen Osten und Westen aneinanderzuknüpfen. Im Gegenteil haben sich die beiden Hälften des Staates mehr und mehr auseinandergelebt. An der Entwicklung, die das Land westlich der Weichsel seit der Wiederaufrichtung des Staates durchgemacht hat, hat „das andere Polen“ kaum Anteil genommen. Von den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, von den Industrialisierungsbestrebungen und der Verkehrspolitik, vom Ödgenieur-Hafensbau und der Handelspolitik, hat dieses „andere Polen“ fast nur die Nachteile und die Opfer kennen gelernt. „Wir sind nicht infamde gewesen“, hat es einmal im „Kurjer Poranny“ geheißen, „die östlichen Grenzgebiete wirtschaftlich zu entwickeln. Wir haben sie nicht einmal zu Abnehmern unserer Produkte zu machen vermocht.“ Tatsächlich leben weite Teile Ostpolens so, als wäre die westpolnische Industrie überhaupt nicht vorhanden, als würden in Oberschlesien keine Kohle und in Galizien kein Naphtha gewonnen. Für alle industriellen und ausländischen Waren haben diese ärmsten Gebiete die weitaus höchsten Preise zu zahlen. Es genügt, zu erwähnen, daß die Kohle in Polesien dreimal so teuer als in Kattowitz ist, oder daß

von der über Danzig und Ödningen kommenden Einfuhr kaum einige Wertprozente östlich der Weichsel, also in einem Gebiete abgesetzt werden, das mehr als die Hälfte des polnischen Staates ausmacht, oder daß das in Galizien gewonnene Salz für den Bauern Nordostpolens ebenso zu den Luxusartikeln gehört wie Petroleum und Streichhölzer, die vielfach wieder durch den altväterlichen Kienpahn ersetzt werden sind.

Das Wort vom „anderen Polen“ hat noch in anderer Hinsicht seine Bedeutung. Wenn das Land östlich der Weichsellinie polnisches Volksgelände wäre, so wie das Land östlich der Elbe deutsches Volksgelände ist, dann wäre diese Linie in politischer Hinsicht vielleicht ohne Belang. Es ist aber so, daß in diesem „anderen Polen“ unter einer Gesamtbevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen mehr als 10 Millionen Nichtpolen leben, die auf die Dauer nicht allein durch das unbeständige Mittel eines politischen Machtanspruches mit der polnischen Staatlichkeit verknüpft werden können. Es ist eigentlich erstaunlich, wie wenig Gedanken man sich in Polen hiersüber macht. Und es ist kein günstiges Zeichen für Polen, daß gerade die Leute, die verhältnismäßig am meisten über die Weichsellinie sprechen, am stärksten vom „Drange nach Westen“ erfüllt und am wenigsten dazu bereit sind, in das „andere Polen“ zu gehen, wo sie Gelegenheiten hätten, ihre leichten Worte von der „polnischen Mission“ in die schwere Tat umzusetzen.

Mängel im polnischen Sportwesen

Der Mißerfolg der polnischen Olympiakämpfer, die nur drei Bronzene und drei Silberne Medaillen mit nach Hause gebracht haben (die Dritte Silberne ist ihnen nachträglich wieder zuerkannt worden), hat die an der körperlichen Ertüchtigung der polnischen Jugend interessierten Kreise von der Notwendigkeit überzeugt, das Sportwesen Polens auf eine breitere Basis zu stellen. Die Erkenntnis ist allgemein, daß es den Sportlern in Polen vielfach an den ausreichenden technischen und organisatorischen Voraussetzungen einer systematischen Ausbildung, also vor allem an Sportplätzen und großen Wettkämpfen mangelt. Es fehlt aber auch nicht die Erkenntnis, daß auch die Unterstützung des Sportes durch die breiten Massen in Polen viel zu wünschen übrig läßt, was sich nicht nur an dem oft geringen Besuch der sportlichen Veranstaltungen, sondern auch an dem mitunter recht unsportlichen Verhalten der Zuschauer erweist, die Beifall und Mißfallen vor allem bei Wettkämpfen mit fremden Mannschaften weniger nach sportlicher Leistung, als nach politischer Einstellung zu bekunden gewohnt sind.

Die Entschlüsse, zu denen die interessierten polnischen Stellen auf Grund der Berliner Erfahrungen bisher gekommen sind, scheinen allerdings wenig geeignet, das Uebel an der Wurzel zu packen. Schon seit längerer Zeit wird um die Aufhebung einer Verfügung des Unterrichtsministers gerungen, die den Schülern aller Volks- und Mittelschulen die Zugehörigkeit zu Sportvereinen verbietet. Die Beobachtung, daß die Olympiakämpfer, die zu den Berliner Spielen antraten, zum großen Teil den ersten Semestern der studierenden Jugend, einige sogar der noch schulpflichtigen Jugend angehört haben, hat in Polen die Anhänger der Sportfreiheit der Schüler zu einem neuen Vorstoß gegen die erwähnte Verordnung veranlaßt. Es scheint aber nicht, daß ihre Bemühungen erfolgreich sein werden. Denn die Verordnung ist nicht etwa aus einer sportfeindlichen Gesinnung der betreffenden Stellen, sondern aus einer berechtigten Sorge um die sittliche Haltung der Jugend entstanden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Schüler und Schülerinnen in den polnischen Sportverbänden vielfach der Gefahr einer sittlichen Verwilderung ausgesetzt waren, da es gar manchem dieser Verbände an einer hinreichend charakterfesten Führerpersönlichkeit fehlt. Es ist das ein peinliches Thema, das in einigen polnischen Blättern schon früher mehrfach zur Sprache gebracht worden ist.

Die polnischen Schulbehörden glauben, die bei der Olympiade in Erscheinung getretenen Mängel des polnischen Sportwesens auf andere Weise beheben zu können. Es soll eine Verfügung erlassen werden, durch die der Lerneunterricht an den Schulen verfrüht, die Spielstunden an den Nachmittagen vermehrt und an den Schulen das Pflichtschwimmen eingeführt werden sollen. Solche Neuerungen wären zweifellos zu begrüßen. Doch ist, was z. B. das Pflichtschwimmen anlangt, an der praktischen Durch-

fährbarkeit einer solchen Verfügung zu zweifeln, da es etwa in ganz Ostoberschlesien zur Zeit nur zwei Schwimmbäder gibt und die Verhältnisse in den anderen Landesteilen zumeist noch ungünstiger liegen. Es kommt hinzu, daß es in Polen an den Schulen zumeist an wirklich durchgebildeten Sportlehrern fehlt. Auch scheint man sich über die sportliche Bedeutung des Turnunterrichts in den Schulen an den maßgebenden Stellen falsche Vorstellungen zu machen. In den Schulen kann es sich im wesentlichen nur um das sogenannte Gesundheitsturnen handeln, nicht aber um einen sportlichen Betrieb, der zu besonderen Leistungen erzieht. Ein Spezialtraining, wie es hierzu erforderlich ist, vermögen in der Regel nur gut geleitete Sportvereinigungen zu bieten. Bleibt den Schülern aber der Zutritt zu diesen verweigert, dann können sie mit dem entsprechenden Training erst in einem verhältnismäßig fortgeschrittenen Alter beginnen, in dem die Ausbildung zu überdurchschnittlichen Leistungen bereits natürlichen Hindernissen begegnet, sofern in Einzelfällen nicht etwa eine besondere sportliche Begabung vorliegt. Die Absicht den Turnunterricht in den Schulen zu vermehren, ist vom volkgesundheitlichen Standpunkt aus durchaus richtig. Im Hinblick auf die künftigen Olympischen Spiele aber ist sie ohne Belang.

Hier haben die Sportverbände die entsprechende Arbeit zu leisten. Mit diesen aber steht es in Polen, von manchen Ausnahmen abgesehen, nicht gerade gut. Es fehlt ihnen recht oft nicht nur an dem stilllichen Ernst, den die Erziehung zu sportlicher Leistung voraussetzt, sondern oft auch an dem notwendigen Können der Leiter. Es fehlt aber vor allem an der Sportfreudigkeit in weiten Kreisen der polnischen Jugend und an dem zu immer größeren Leistungen anregenden Mitegehen sportbegeisterter Massen. Die Leiter des polnischen Sportlebens klagen mit Recht über dieses mangelnde Interesse der Öffentlichkeit, die sich in dem wünschenswerten Ausmaß für die Stadien zumeist nur dann interessiert, wenn diese mit Sensationen, wovon möglich mit politischen, aufwarten können (wie etwa beim Fußball-Länderkampf Deutschland—Polen am 13. September in Warschau). Es ist jedenfalls übertrieben, wenn man von den Polen als von einer „Sportnation“ spricht. Bestrebungen, es dahin zu bringen und den Sport zu einem Faktor der seelischen und körperlichen Erziehung des ganzen Volkes zu machen, sind sicher und sichtbar vorhanden. Aber die Hindernisse, auf die sie stoßen, sind groß. Sie liegen einmal in der von verantwortungsbewußten Kreisen oft beklagten Oberflächlichkeit der Lebensauffassung gerade in der jüngeren Generation. Es hat der Verkehrsminister Oberst Ulrich sich erst kürzlich wieder einmal darüber beklagt, daß die polnische akademische Jugend ohne Unterschied ihrer ideologischen Einstellung Neigung weder zum Sport noch zur körperlichen Erziehung noch zur militärischen Vorbereitung besitze. Nicht zuletzt aber macht sich für eine Vertiefung des Sportgedankens in Polen auch das tiefe soziale Elend hindernd bemerkbar, in dem breite Schichten der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande dahinvegetieren.

*

Es ist von der deutschen Presse während der Olympiade verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß sich unter den fremdstaatlichen Olympiamannschaften eine ganze Reihe von Deutschen befand. Besonders stark waren deutsche Volksangehörige in den Mannschaften verschiedener amerikanischer Staaten vertreten. Aber auch die Mannschaften Südafrikas, Frankreichs und Italiens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und anderer Staaten zählten Angehörige der betreffenden deutschen Volkgruppen in ihren Reihen. Die polnische Mannschaft machte keine Ausnahme davon. Mit Sicherheit haben sich in dieser Mannschaft vier Deutsche feststellen lassen. Da ist zunächst der Stabhochspringer Wilhelm Schneider aus Kattowitz, der sich in der Leichtathletik Polens zu einem führenden Platz hochgekämpft hat. Er hat im vorigen Jahre für Polen in Stockholm einen neuen Rekord aufgestellt. Bei den Olympischen Spielen ist er im Stabhochsprung einer der wenigen Europäer gewesen, die gegen die Amerikaner und Japaner in die Endrunde kamen. Mit 4,20 Meter hat er die beste europäische Leistung vollbracht. Wäre es ihm in Berlin gelungen, seine letztjährige Bestleistung von 4,27 Meter zu wiederholen, hätte er Aussicht auf eine Medaille gehabt. Dasselbe gilt für einen zweiten ostoberschlesischen Deutschen, den in Posen studierenden Walter Turczyk, dessen bisherige Bestleistung im Speerwurf über 72 Meter beträgt. Bei der Olympiade ist er auf dem 10. Platz gelandet. Schon als Schüler des Deutschen Privatgymnasiums in Laurahütte

hat er einmal einen ostoberschlesischen Rekord aufgestellt. Zu den besten Leichtathleten Polens zählt auch Joachim Karliczek, der als Schwimmer in Berlin zwar nicht gegen die Amerikaner und Japaner hat aufkommen können, aber erst kürzlich bei einer Sportveranstaltung in Kattowitz wieder einige polnische Rekorde aufgestellt hat. Schließlich hat sich auch unter der zur Olympiade geschickten Fußballelite Polens ein Deutscher befunden: Fritz Scherf aus Posen, der als einer der besten Stürmer des polnischen Fußballsports gilt. Ihm hat die polnische Mannschaft zum guten Teil ihren Sieg über die englische Mannschaft verdankt; bei dem für Polen verlorenen Spiel gegen Oesterreich hat Scherf wegen einer Verletzung nicht antreten können. Die polnische Olympialiste hat außerdem noch einige andere deutsche Namen enthalten, deren Träger sich jedoch entweder als Polen bekennen oder unbekannter Volkzugehörigkeit sind.

Deutsches Kapital verläßt Polen

Am 25. Juli d. J. wurde nach längeren Verhandlungen unter Mitwirkung der beiderseitigen Regierungen in Warschau ein Vertrag unterzeichnet, mit dem sich das reichsdeutsche Kapital aus der Kattowitzer Interessengemeinschaft zurückzieht. In der Interessengemeinschaft waren bisher (unter Wahrung ihrer rechtlichen Selbständigkeit) die Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb und die Vereinigte Königs- und Laurahütte zusammengeschlossen. Auf Grund des Vertrages werden die in reichsdeutschen Händen befindlichen Aktien beider Gesellschaften, sowie die Forderungen der reichsdeutschen Gläubiger der Interessengemeinschaft (diese in Höhe von 80 Mill. Zloty) von einer neu gebildeten polnischen Holdinggesellschaft, der „Vereinigten Bergbau- und Eisenhütten-gesellschaft mbH. in Warschau“, übernommen. Die reichsdeutschen Gläubiger erhalten dafür von dieser Gesellschaft langfristige Obligationen in einer Gesamthöhe von 82 Millionen Zloty. Sie haben im Warschauer Vertrag also auf den größeren Teil ihrer Forderungen verzichtet.

Am 29. Juli fand vor dem Kattowitzer Bezugsgericht ein Vergleichsverfahren zwischen der Interessengemeinschaft und ihren Gläubigern statt. Die Gesamtschuldung der Interessengemeinschaft betrug nach dem Abschluß vom 1. Juli d. J. 222 Millionen Zloty, wovon 75 Millionen Zloty auf Lieferanten- und Steuerschulden entfielen. Nach dem Vergleichsverfahren werden die Einzelforderungen bis zu 1000 Zloty und die Spareinlagen der Arbeiter in die WerksSparkassen zu 100 v. H. befriedigt; sie sollen binnen zwei Jahren zurückgezahlt werden. Dagegen unterliegen die mehr als 1000 Zloty betragenden Einzelforderungen durchweg einer Herabsetzung von 60 v. H.; für die restlichen 40 v. H. gibt die Holdinggesellschaft Obligationen. Die Gläubiger der Interessengemeinschaft verlieren auf diese Weise rund 56,5 Millionen Zloty, wovon der größere Teil auf die reichsdeutschen Gläubiger entfällt.

Die „Vereinigte Bergbau- und Eisenhütten-gesellschaft in Warschau“, die unter Aufhebung der Zwangsverwaltung die Interessengemeinschaft übernimmt, ist aus staatlichen Mitteln entstanden. Die größten Beuben und Hüttenwerke Ostoberschlesiens sind damit in den Besitz des polnischen Staates übergegangen. Das ist ein Ereignis, das sich mit den häufigen Ministerreden über die Förderung der wirtschaftlichen Privatinitiative nur schwer vereinbaren läßt. Heute schon, so beschränkt sich der „Kurjer Polski“, befände sich in den Händen des Staates die Mehrheit der Eisenproduktion und ein großer Teil der Kohlenerzeugung; entscheidenden Einfluß besäße der Staat auf die Naphtha-industrie, die Textil- und Zuckerindustrie Polens. Mit dem Uebergang der Interessengemeinschaft in die Warschauer Holdinggesellschaft ist ein weiterer schwerwiegender Schritt auf dem Wege zum Staatskapitalismus getan. Daran ändern voreerst auch gewisse Bestrebungen nichts, die darauf abzielen, die Aktien allmählich auf die Arbeiterschaft der betreffenden Unternehmungen übergeben zu lassen, die Belegschaften also zu Besitzern oder doch zu Mitbesitzern der sie beschäftigenden Werke zu machen. Die Arbeiterschaft scheint einem solchen Gedanken nicht ablehnend gegenüberzustehen, da sie sich von seiner Verwirklichung einen entscheidenden Einfluß auf die Lohn-, Personal- und Sozialpolitik ihrer Betriebe verspricht.

Es ist zu begreifen, daß man in Polen den verlustreichen Rückzug des deutschen Kapitals aus der Interessengemeinschaft als einen epochalen Sieg der von Strazynski seit zehn Jahren mit rücksichtsloser Konsequenz vorwärtsgetriebenen Polonisierungspolitik feiert. Darüber legt man sich auf polnischer Seite allerdings keine Rechenschaft ab, daß dieser Sieg zum guten Teil mit einer tiefgreifenden Zerrüttung des ostoberschlesischen Wirtschaftslebens erkauft worden ist, die keineswegs ausschließlich auf die viel zitierte allgemeine Wirtschaftskrise zurückgeführt werden kann, sondern durch das Bestreben, den deutschen Kapitalbesitz zu entwerten, um ihn möglichst billig in die Hand zu bekommen, in entscheidendem Maße mitverursacht oder zum mindesten doch verschärft worden ist. Ende März 1934 wurden die Kattowiger AG. und die Königs- und Laurahütte unter Zwangsverwaltung gestellt. Durch den Vertrag mit den reichsdeutschen Gläubigern und durch die allgemeine Kürzung der größeren Schulden um 60 v. H. hat die Zwangsverwaltung ihre Aufgabe erfüllt. Man wird zugeben müssen, daß sich diese Sanierung für Polen gelohnt hat, wie man andererseits rückschauend auch wird feststellen müssen, daß es ein Fehler früherer Jahre gewesen ist, die vom polnischen Machtwillen bedrohte deutsche Kapitalposition in der ostoberschlesischen Wirtschaft immer wieder durch die reichliche, politisch bedingungslose Hingabe neuer Millionen erhalten zu wollen. Es ist anzunehmen, daß deutsche Kredite, die den in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Unternehmungen mehr als einmal in Zeiten schwerer Bedrängnis zu Hilfe gekommen sind, in Zukunft nicht mehr bereit stehen werden.

Einem Deutschen, der weiß, daß die obereschlesische Industrie fast ausschließlich mit deutschem Kapital, jedenfalls ohne polnisches Kapital, aufgebaut worden ist, wird dieser Rückzug aus der Interessengemeinschaft schmerzlich berühren, so notwendig er auch war, um zu verhindern, daß auch noch der Rest des entwerteten deutschen Kapitals der Vernichtungspolitik des schlesischen Wojewoden ausgesetzt bleibt. Der größte Industriekonzern Polens, dessen Unternehmungen sich zu Ende des Krieges noch ausschließlich in deutschem Besitz befanden und vor zwei Jahren noch fast 25 000 Arbeitern und Angestellten Beschäftigung gaben, ist mit seinen riesigen Werten an Kohलगruben und Hüttenwerken, an Kalksteinbrüchen und Ziegeleien, an Hochofen und Walzwerken, an Konstruktionswerkstätten und Kokereien, an Stahlwerken, tausenden von werkseigenen Arbeiterwohnungen, Landgütern usw. in polnischen Besitz übergegangen. Die „Nationalisierung“ ist gelungen. Deutschland kann warten, wie sich in diesem Falle das Sprichwort vom „unredlichen Gut“ an den neuen Besitzern vollzieht.

Deutsche Schulnot in Kattowitz

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres sind in Ostoberschlesien wieder mehrere deutsche Schulen dem völkischen Vernichtungswillen polnischer Verwaltungsstellen zum Opfer gefallen. Am schwersten wiegt der Fall der deutschen Knabenschule in Kattowitz. Es handelt sich hier um eine öffentliche Minderheitenschule, die zuletzt von 300 Kindern besucht wurde. Völlig überraschend kam auch die Schließung der von 49 Kindern besuchten öffentlichen Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Kattowitz-Domb. Die Schüler dieser Anstalt mußten in die deutsche Schule in Kattowitz-Jalenze umgeschult werden, wodurch einigen Kindern ein täglich zurückzulgender Schulweg von über einer Stunde entsteht. Die Aufnahme in die Jalenzer Schule wurde auf Anordnung der polnischen Behörden von einer Prüfung abhängig gemacht, die derart schikanös gehandhabt wurde, daß sämtliche Kinder z. T. um mehrere Klassen zurückversetzt wurden. In beiden Fällen, sowohl in Königshütte wie in Kattowitz-Domb, bedeutet die Schließung der deutschen Schule einen klaren Bruch der Genfer Konvention.

Der Elternverein für die deutschen Minderheitenschulen in Kattowitz hat in einer an die Schulaufsichtsbehörde gerichteten Denkschrift auf die Spannungen hingewiesen, die zwischen der deutschen Elternschaft und der großenteils polnischen Lehrerschaft der deutschen Minderheitenschulen bestehen. Die Antwort, die sie auf ihre Eingabe am 28. August d. J. von der Unterrichtsabteilung der Kattowitzer Wojewodschaft erhalten hat, ist für deren Unlust, offensichtliche und von ihr selber

hervorgezogene Miskstände in den deutschen Schulwesen abzustellen, bezeichnend. Es liegt auf der Hand, daß zwischen den deutschen Erziehungsberechtigten und den nationalpolnischen Lehrkräften, die weniger auf eine Erhaltung und Förderung, als auf eine Wertminderung und Beseitigung des deutschen Schulwesens bedacht sind, kein Vertrauensverhältnis aufkommen kann. In ihrer Antwort hat sich die Unterrichtsabteilung der Wojewodschaft zwar theoretisch auf den Standpunkt gestellt, daß der Unterricht an den deutschen Schulen grundsätzlich von volkdeutschen Lehrkräften erteilt werden müsse. Sie gibt jedoch vor, zur praktischen Durchführung dieses Grundsatzes außerstande zu sein, da sie über keine geeigneten deutschen Lehrkräfte verfüge! Das ist eine Behauptung, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Denn erstens hat die Unterrichtsabteilung selber vor einigen Jahren in Ostoberschlesien mehr als 100 deutsche Lehrer, die angeblich unberechtigterweise Unterstützungen von reichsdeutscher Seite erhalten haben, aus dem Schuldienst entlassen, und damit selber den unerfreulichen Zustand, den sie jetzt „lebhaft bedauert“, verschuldet. Zweitens aber gibt es eine ganze Anzahl jüngerer Lehrkräfte deutschen Volkstums, die zwar das deutsche Lehrerseminar mit gutem Erfolg besucht haben, aber seit Jahren stellunglos sind, weil sie von der Unterrichtsabteilung gegenüber ihren polnischen Mitbewerbern grundsätzlich benachteiligt werden. Schließlich sind auch noch zahlreiche andere deutsche Lehrkräfte vorhanden, die durch die Schließung deutscher Minderheitschulen freigesetzt, aber nicht etwa an andere deutsche, sondern an polnische Unterrichtsbetriebe versetzt worden sind, wo sie volkspolitisch kaltgestellt sind. Der Elternverein hat beschloffen, der Behörde alle deutschen Lehramtskandidaten der Wojewodschaft, die stellunglos sind und an einer deutschen Schule angestellt werden möchten, namhaft zu machen.

Zu Ende des letzten Schuljahres hat die polnische Schulbehörde in Kattowitz eine Verfügung erlassen, wonach die Kinder der deutschen Minderheitschulen, die im polnischen Sprachunterricht ein „Nichtgenügend“ haben, nicht versetzt werden sollen und ihnen beim Verlassen der Schule kein vollgültiges Abgangszeugnis erteilt, sondern nur eine Bestätigung ihres Schulbesuches ausgestellt werden soll. Die Folge davon ist gewesen, daß ein unwahrscheinlich hoher Prozentsatz der deutschen Schüler bei Beginn des neuen Schuljahres nicht in die nächsthöhere Klasse aufrücken konnte, obwohl zumist in allen Fächern, außer im polnischen Sprachunterricht, befriedigende Ergebnisse vorlagen. In den meisten Fällen geht die mangelhafte Note im Polnischen auf die anerkannt unzulänglichen Unterrichtsmethoden der nationalpolnischen Lehrkräfte zurück. Uebrigens widerspricht die genannte Verfügung den geltenden Bestimmungen, denen zufolge eine schlechte Note in einem Fach die Schulleitung noch nicht berechtigt, den Schüler sitzen zu lassen, wenn er in einem anderen Fach ausgleichende Leistungen aufweisen kann.

In das umfangreiche Kapitel „Mißhandlung des deutschen Schulwesens in Polen“ gehören auch die von polnischen Stellen bearbeiteten und herausgegebenen Schulbücher und Fibeln für die deutschen Unterrichtsbetriebe. So sind mit Beginn des neuen Schuljahres u. a. in den Kattowitzer Minderheitschulen zwei vom staatlichen Verlag für Schulbücher in Lemberg herausgegebene Lehrbücher, eine Fibel und ein Lesebuch für die 2. Volksschulklasse, amtlich eingeführt worden. Wie einige von der deutschen Presse in Polen veröffentlichte Beispiele zeigen, enthalten diese Bücher, mit deren Hilfe die deutschen Kinder ihre Muttersprache erlernen sollen, zahlreiche Rechtschreibungsfehler und sprachliche und stilistische Absurditäten. Die Uebungssätze sind mit einer Phantasielosigkeit, die geradezu zum unlogischen Denken erzieht, ausgewählt worden. Man erhält den Eindruck, daß die Verfasser der Lehrbücher die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschten. Es ist für die Oberflächlichkeit, mit der die Bücher bearbeitet worden sind, schon bezeichnend, daß dem erwähnten Lesebuch bereits vom Verlag ein Druckfehlerverzeichnis beigelegt werden mußte, das nicht weniger als 30 Berichtigungen enthält, dabei aber den weitaus größeren Teil der im Text tatsächlich enthaltenen Fehler unberücksichtigt läßt. Man muß feststellen, daß der staatliche Verlag in Lemberg und die polnischen Behörden in Ostoberschlesien mit der Herstellung und Einführung derartigen Lehrbücher eine unbegreifliche Verantwortungslosigkeit an den Tag gelegt haben. Es muß verlangt werden, daß in den deutschen Schulen Polens nur Lehrbücher solcher Verfasser und Hersteller eingeführt werden, die sich sachlich und sprachlich der ihnen gestellten Aufgabe gewachsen erweisen.

Die Kindergärtnerin im Volkstumskampf

Das Deutsche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltete in der Zeit vom 7. bis 18. August in seiner Schulungsstätte Rantzenheim bei Berlin eine Schulungsstägung für die Leiterinnen und Beauftragte an den deutschen Kindergärtnerinnen-Seminaren. Fast alle Rinderkärtnerinnen-Seminare Deutschlands waren vertreten.

Die Kindergartearbeit ist nicht mehr wie ehemals eine karitative Angelegenheit in einem abseitigen Bereich einer speziellen Pädagogik. Der deutsche Kindergarten der Gegenwart ist ein Teil der großen Erziehungsarbeit an der Jugend des Volkes. Er empfängt seine Zielsetzung von der Gesamtaufgabe deutscher Volkserziehung. Kindergärten sind notwendig, wo der Bestand des deutschen Volkes in seinem jüngsten Nachwuchs gefährdet erscheint, also dort vor allem, wo die Mütter infolge Arbeitsüberlastung die Kinder selbst nicht ausreichend zu betreuen imstande sind. Diesen Frauen muß die deutsche Kindergärtnerin zur Seite treten, um ihnen ein Stück ihrer Arbeit in kameradschaftlicher Hilfeleistung abzunehmen. Die Auffassung von achtungsvoller, kameradschaftlicher Hilfe von Frau zu Frau entspricht dem deutschen Volksempfinden mehr, als ein karitatives Hinabbeugen zu einem Hilfslosen um der Barmherzigkeit willen.

Die stärkste nationalpolitische Aufgabe erwärht den Kindergärtnerinnen-Seminaren dadurch, daß sie Kindergärten-Leiterinnen für die volkspolitisch bedrängten Grenzgebiete des Reiches heranzubilden haben. Die sprachlichen und volklichen Eindrücke, die das Kind vor Beginn der Schulleist empfängt, sind für sein ganzes Leben von entscheidender Bedeutung. Durch das Kind werden von der Arbeit der Kindergärten auch die Eltern erfaßt, wird die ganze Familie in den Bann der dort gepflegten volkspolitischen Arbeit gezogen. In den deutschen Grenzgebieten wurden diese Zusammenhänge früher nicht genügend beachtet. Alte deutsche Kindergärten verschwanden, weil sich keine Geldgeber mehr für sie fanden; fremdvolkliche Kindergärten entstanden und erreichten durch geschickte Werbung mit Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken zum Teil beachtliche Erfolge. Es entspricht dem deutschen Wesen nicht, durch Bestechung in irgendeiner Form Angehörige fremden Volkstums zu „germanisieren“. Der deutsche Kindergarten ist kein Mittel der „Germanisierung“. Er ist eine Ehrengabe an das kämpfende Deutschtum der Grenze.

Die Arbeit in den Kindergärten des Ostens setzt Menschen voraus, die mit der Fähigkeit zum Durchhalten in einsamer Landschaft den kämpferischen Willen verbinden, sich für den Bestand des deutschen Volkes einzusetzen. Es wird nicht jedem Stadtmädchen aus der gesicherten Mitte des Reiches gegeben sein, sich an der Grenze zu bewähren, wo auf vieles Verzicht geleistet werden muß, was das Leben der Jugend sonst beschwingt und erfüllt. Es ist daher notwendig, daß den Kindergärtnerinnen im Reich während der Ausbildung mehrfach Gelegenheit gegeben wird, das Grenzland und die dortige Arbeit durch eigene Anschauung kennen zu lernen. Es genügt dabei nicht, daß eine Seminar-Klasse einmal eine kurze Reise etwa durch das schöne Ostpreußen macht. Es muß erreicht werden, daß den zukünftigen Kindergärtnerinnen schon während der Ausbildung die Möglichkeit gegeben wird, in den Ostgebieten selbst einige Zeit praktisch tätig zu sein. Eine enge Zusammenarbeit der Seminare mit dem weiblichen Arbeitsdienst und dem BDM. wird dazu beitragen können.

Ist die ausgebildete Kindergärtnerin dann hinausgegangen an ihre neue Arbeitsstelle, dann muß es Pflicht ihrer Seminargemeinschaft bleiben, sie auch weiterhin zu betreuen. Wer jahrelang in einem entlegenen Dorf unter schweren Verhältnissen zu arbeiten hat, der bedarf des Rückhalts an seinen Berufskameraden, der immer neuen Anregung und des Gedankenaustausches. Hier entfehlt den Seminaren auch im Hinblick auf die schon bestehenden Kindergärten eine neue wichtige Aufgabe. Durch Patenschaften muß die Verbindung zwischen Grenze und Binnendeutschland, zwischen Grenzkindergarten und Kindergärtnerinnen-Seminar, lebendig bleiben. Wünschenswert ist es auch, daß jede Grenzprovinz die Stelle einer Jugendleiterin schafft, die ständig die Kindergärten ihres Bezirkes bereist, fördernd und anregend wirkt, die Verbindung zwischen den Berufskameradinnen aufrecht erhält ußf.

Die Schulungsstägung in Rantzenheim bekannte sich einmütig zu diesen neuen Aufgaben der Kindergartearbeit und übernahm sofort eine große Anzahl von Patenschaften für Grenzlandkindergärten.

Smetona über Litauens Politik

In der ersten Sitzung des neuen litauischen Seim hielt Staatspräsident Smetona am 3. September eine längere Rede, in der er u. a. auch die beiden Kernprobleme der litauischen Außenpolitik, die durch die Namen Memel und Wilna gekennzeichnet werden, berührte. Das Verhältnis zu Deutschland streifte Smetona allerdings nur mit einigen, ziemlich belanglosen Worten, die die Scheu vor einer klaren Festlegung des litauischen Standpunktes in dieser Frage hervorgerufen ließen. Es fehlte natürlich nicht die (in einem Nebensatz untergebrachte) Versicherung der immer vorhanden gewesenen Bereitwilligkeit Litauens, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Aber, so meinte Smetona bedauernd, diese Beziehungen würden durch das verwickelte Memelstatut (das er offenbar am liebsten völlig beseitigt wissen möchte) erschwert. Es erscheint angebracht, diesem Passus die Feststellung entgegenzusetzen, daß nicht das bloße Vorhandensein des Statutes, sondern dessen fortgesetzte Verletzung durch Litauen zu jener unerfreulichen Gestaltung der deutsch-litauischen Beziehungen geführt hat, und daß die Temperatur dieser Beziehungen allezeit mehr von der Behandlung der Memelländer durch Litauen als von irgendwelchen anderen Faktoren abhängig ist.

Etwas klarer äußerte Smetona sich über das litauische Verhältnis zu Polen. „Im Besitze rechtlicher, historischer und nationaler Ansprüche auf das Wilnagebiet“, sagte er, könnten die Litauer auf dieses Gebiet nicht verzichten und sich auch der Gewalt des stärkeren Nachbarn nicht beugen. Zwar seien schon mehr als einmal Verhandlungen mit Polen angebahnt worden. Doch habe Polen bisher keine ernstlichen Vorschläge gemacht. Die Polen, meinte er, irren sich sehr, wenn sie glauben, Litauen zur Aufnahme normaler Beziehungen zwingen zu können. Im Zusammenhang mit diesen Äußerungen Smetonas seien die Sätze erwähnt, die Professor Herbaczewski vor einiger Zeit im Krakauer „Ilustrowany Kurjer Godzienny“ mit dem Bemerken zitiert hat, daß mit ihnen ein Kauener Diplomat, dessen Name er nicht nennen wolle, die litauische Einstellung zur Wilnafrage charakterisiert hat: „Wir wissen“, heißt es da, „daß wir Wilna verlieren. Aber wir brauchen die Wilnafrage, um uns ein für allemal von den Polen zu trennen, damit sich die Geschichte der polnischen Invasion nicht wiederholt. Sogar um den Preis der Rückgabe Wilnas wollen wir kein brüderliches Verhältnis zu Polen. Mindestens fünfzig Jahre lang muß zwischen Polen und Litauen eine geistige Mauer bestehen. Die Wilnafrage ist eine Frage des Schutzes Litauens vor der polnischen Habgier. Indem wir behaupten, daß diese Frage eine innere Angelegenheit Litauens sei, machen wir die Warschauer Gelüste nach ihrer gütlichen Lösung unmöglich.“ Wenn sich der amtliche Ursprung dieser Äußerungen auch nicht nachprüfen läßt, so steht doch fest, daß sie der seit der Besetzung Wilnas durch Polen von Litauen stets eingenommenen Haltung entsprechen und im Hinblick auf die geringe völkische Stabilität Litauens durchaus berechtigt sind.

Die innerpolitische Lage Litauens erklärte Smetona in ziemlich optimistischen Tönen. Er glaubt, die Gefahr, die dem Lande von der Moskauer Volkfrontparole her droht, geringschätzen zu dürfen, da Litauen ein Land sei, in dem es nur eine geringe Stadtbevölkerung, eine nur schwach entwickelte Industrie und keine größeren Privatkapitalien gebe. Ganz Litauen, hat Smetona behauptet, habe die Volkfrontbewegung verurteilt. An der Berechtigung dieser optimistischen Auffassung kann man allerdings zweifeln. Denn die Kauener Regierung selber hat durch ihr enges Zusammengehen mit Moskau, das sich als logische Folge aus ihrer memelständischen Einstellung ergab, in entscheidendem Maße dazu beigetragen, der kommunistischen Agitation im eigenen Lande die Wege zu ebnen. Die Arbeiterunruhen, die vor einiger Zeit in Kauen zu schweren Straßenkämpfen geführt haben, sind ein warnendes Zeichen gewesen. Die Bauernunruhen im südlichen Litauen haben nur mit bewaffneter Gewalt unterdrückt werden können. Und daß auch die Armee, die stärkste Stütze des Regimes, kein unbedingt zuverlässiges Werkzeug in der Hand der Regierenden ist, haben die Kreise um Smetona schon mehr als einmal feststellen müssen. Schließlich ist der Umstand, daß sich der gegenwärtige Seim fast reslos aus Regierungsanhängern zusammensetzt, bei der Art seines Zustandekommens kein überzeugender Beweis dafür, daß das Volk hinter der gegenwärtigen Staatsführung steht.

Offland-Chronik

Litauische Olympiagäste

Bei den litauischen Journalisten, die sich z. B. der Olympiade in Berlin aufgehalten haben, scheinen die Eindrücke, die dort auf sie eingestürzt sind, gewisse intellektuelle Gleichgewichtsstörungen hervorgerufen zu haben. Während der Berichterstattung des „*Nietuvas Žinios*“ tief sinnige Betrachtungen über das Seelenleben der Berliner Würfelnverkäufer anstellt, und der Vertreter des „*XX. Amžius*“ in Jesse Owens die laufende Widerlegung der Lehre Alfred Rosenbergs feiert, erbaudt sich der Korrespondent der „*Diena*“ an dem Mannesmut, den seine als Zuschauer in Berlin weilenden litauischen Landleute im Angesichte der ganzen Welt an den Tag gelegt haben. „Die Litauer“, schreibt er, und man erkennt an dem Vibrieren des Füllhalters die stolze Ergriffenheit seines Besitzers, „die Litauer konnten auf dem Reichssportfeld aus der Reihe der 100 000 Zuschauer leicht dadurch herausgefunden werden, daß sie bei der Begrüßung des Kanzlers Hitler oder beim Spielen der deutschen Hymnen nie die Hand erhoben, sondern mit entblößtem Haupte dagestanden haben. . . . Während die Litauer durch ihre Charakterfestigkeit den ausländischen Journalisten und Filmreportern sehr imponierten und in der Masse erhobener Arme mit ihrem Hut in der Hand ständig fotografiert wurden, benutzten die Laener Deutschen jede Gelegenheit, ihre Arme emporzureden und aus voller Kehle „Heil Hitler!“ zu rufen“. *Vitautas* hat sich im Vorhimmel, wo er als alter Heide sein verspätetes Alleluja anstimmt, über einen so erhebenden Beweis des ritterlichen Mutes seiner Nachfahren sicherlich herzlich gefreut.

Der Korridorverkehr

Am 31. August wurden in Berlin zwei deutsch-polnische Abkommen über den Durchgangsverkehr durch den Korridor unterzeichnet. Darin werden die technischen und finanziellen Fragen des Durchgangsverkehrs bis zum Ende d. J. geregelt. Und zwar in folgender Weise: Der Verkehr wird ausschließlich über die kürzeste Transitstrecke geleitet. Polnischerseits ist anerkannt worden, daß die bisherige Höhe der Transittarife in einem Miß-

verhältnis zu den tatsächlichen Transportleistungen der polnischen Staatsbahnen steht. Demgemäß werden Tarifvergünstigungen und unter gewissen Umständen besondere Rabatte gewährt. Mit einer weiteren Senkung der Kosten des Durchgangsverkehrs ist zu Beginn des nächsten Jahres zu rechnen. Die rückständigen Forderungen Polens aus dem Durchgangsverkehr betragen etwa 80 Mill. *Floty*. Es ist vereinbart worden, daß dieser Betrag z. T. gegen deutsche Forderungen in Polen aufgerechnet, z. T. durch deutsche Warenlieferungen nach Polen abgedeckt wird, wobei es sich naturgemäß nur um solche Lieferungen handeln kann, die über die im deutsch-polnischen Handelsvertrag festgesetzten Kontingente hinausgehen.

Deutsche Schule im Keller untergebracht.

Die deutsche Schule in Brzozowiz-Kamin (Ostoberschlesien) zählt gegenwärtig 63 Schüler, die 33 weiteren Schüler nicht gerechnet, die zu Beginn des neuen Schuljahres aus der polnischen Schule umgemeldet sind, denen das Schulinspektorat aber den Besuch der deutschen Schule mit der nicht erwiesenen Begründung verboten hat, daß sie die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschten. Die Schule ist staatlich, sie ist also als deutsche Abteilung im Gebäude der polnischen Schule untergebracht. Die Schülerzahl macht die Einrichtung einer zweiten deutschen Klasse notwendig. Die polnische Schulleitung aber setzt dem fortgesetzt Schwierigkeiten entgegen. Vor allem behauptet sie, daß es in dem Schulgebäude einen geeigneten Raum für die zweite deutsche Klasse nicht gebe. Es beleuchtet die schändliche Behandlung, die die deutschen Klassen an den polnischen Schulen vielfach erfahren, daß in Brzozowiz-Kamin nicht einmal für die eine bisher bestehende deutsche Klasse ein den gesundheitlichen Erfordernissen entsprechender Raum zur Verfügung gestellt worden ist, — und das in einem großen Gebäude, das mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen *Floty* erstellt worden ist. Die deutsche Klasse ist im Keller untergebracht. Neben dem überfüllten Raum befindet sich die Heizungsanlage. Durch die zu ebener Erde liegenden Fenster dringt der Staub der ungepflasterten Straße ins

Zimmer. Man kann sicher sein, daß die Klasse mit scheinheiliger Besorgnis um den Gesundheitszustand der deutschen Kinder schon längst geschlossen worden wäre, wenn es sich um die Einrichtung einer deutschen Privatschule handelte.

Der „Deutsche Volksblock“

Am 6. September fand in Königshütte ein außerordentlicher Parteitag der Deutschen Partei statt. Auf Antrag der Wahlkreisgruppe Königshütte wurde mit 119 gegen 73 Stimmen folgendes beschlossen: „Der außerordentliche Parteitag hält es mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Einigkeit der deutschen Volksgruppe in Polen für eine moralische Pflicht, daß die Mitglieder der Deutschen Partei in den Deutschen Volksblock übergeführt werden“. Der Deutsche Volksblock wurde im Frühjahr 1935 ins Leben gerufen. Er war zunächst als das Sammelbecken derjenigen Deutschen Ostobereschleßens gedacht, die sich von der Jungdeutschen Partei losgesagt hatten, und derjenigen, die die kleinkal-émigrantenhafte Richtung der Katholischen (später: Deutschen Katholischen) und schließlich: Deutschen (Christlichen) Volkspartei des Dr. Pant nicht mehr mitmachen wollten. Seine Reihen sollen auf Grund des Königshütter Beschlusses durch die Mitglieder der Deutschen Partei aufgefüllt werden. Da dieser Beschluß aber von einem erheblichen Teil der Delegierten der Deutschen Partei als verstoßen abgelehnt worden ist, ist vorerst noch nicht abzusehen, ob ihm die von seinen Ueberern beabsichtigte Bedeutung, die Einigungsbestrebungen innerhalb der deutschen Volksgruppe zu fördern, wirklich zukommen wird.

Zu wenig deutsche Kindergärten

Nach amtlichen Angaben gibt es in der Wojewodschaft Schlesien 305 Kindergärten. Darunter befinden sich nur 30 mit deutscher Unterrichtssprache. Im Durchschnitt wird ein polnischer Kindergarten von 76 Kindern besucht, ein deutscher nur von 38. Die meisten deutschen Kindergärten gibt es noch im Kreise Pleß (6) und in der Stadt Bielsk (5). Insgesamt besuchen 22 000 Kinder die Kindergärten der Wojewodschaft, davon nur etwa 1 140 Kinder die deutschen Kindergärten. Die Zahl der deutschen Kindergärten reicht für die Bedürfnisse der deutschen Volksgruppe bei weitem nicht aus. Im Bezirk Schwientochlowitz z. B., in dem noch sehr viele Deutsche leben, gibt es nicht einen einzigen

deutschen Kindergarten. Das liegt vor allem daran, daß für die Erteilung der Konzession an deutsche Kindergärten eine bestimmte Belegungszahl gefordert wird, und daß es vielfach auch große Schwierigkeiten bereitet, die baupolizeiliche Genehmigung zu erlangen. Solche Schwierigkeiten müssen auch die Kindergärten in Posen und Pommern vielfach durchmachen, so daß hier das deutsche Kindergartenwesen verschwindend gering ist und gerade an den Orten fehlt, wo es wichtig wäre. Viele deutsche Mütter helfen sich gezwungenermaßen bei dem Mangel eines deutschen Kindergartens damit, daß sie ihre Kinder dem polnischen Kindergarten anvertrauen. Sie bedenken nicht, daß es von bleibenden Einfluß auf die spätere Entwicklung eines Menschen ist, in welcher Sprache und Umgebung er die ersten Lieder und Sprüche, Märchen und Verse gesungen und gehört hat. Darum, so fordert der „Posener Zeitungsdienst“, muß dort, wo kein deutscher Kindergarten vorhanden ist, die Wohnstube des deutschen Hauses der Ort des deutschen Kleinkindes sein und bleiben.

Neue deutsche Schule in Schönck

Am 2. September ist in Schönck, Kreis Berent, das neue Gebäude der privaten Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache eingeweiht worden. (Um den „Kurjer Poznanski“ nicht noch einmal in die Versuchung zu bringen, das „Ostland“ als einen Kronzeugen der liberalen polnischen Volksgruppenpolitik zu verdächtigen, sei noch einmal betont, daß es sich nur um ein neues Gebäude, nicht um einen neuen deutschen Schulbetrieb handelt, denn die frühere deutsche Schule war von den polnischen Behörden aufgelöst worden.) Das Gebäude paßt sich mit seiner schlichten Linienführung und seiner kräftigen, aus Feldsteinen errichteten Umfassungsmauer vorteilhaft in das Landschaftsbild ein. Es enthält zwei helle, sonnige Klassenzimmer, ein Lehrerzimmer und eine geräumige, im Stil eines würdigen Gemeinschaftsraumes gehaltene Halle, ferner im Dachgeschoß zwei Kleinwohnungen für einen verheirateten und einen unheirateten Lehrer. In der Eröffnungsfeier, die mit einem Gottesdienst in der evangelischen Kirche von Schönck begann, nahmen zahlreiche Deutsche aus Schönck und den benachbarten Gemeinden teil.

Wieder 5 Einschulungsanträge verschwunden

Vor kurzem wurde sieben deutschen Schülern in Königschütte, die von ihren Eltern schriftgerecht zur deutschen Minderheitsschule angemeldet worden waren, der Besuch dieser Schule verboten, weil die betreffenden Einschulungsanträge bei der Erziehungsabteilung der Wojewodschaft „trotz gründlicher Durchsicherung“ des Materials angeblich nicht gefunden werden konnten. Die Befürchtung, daß diese neue Methode, deutschen Kindern in Polen den Weg zur deutschen Schule zu versperren, bald auch in weiteren Fällen angewandt werden würde, hat sich inzwischen als begründet erwiesen. Denn mittlerweile haben gleichfalls in Königschütte die Eltern von fünf weiteren deutschen Kindern von der Erziehungsabteilung die Mitteilung erhalten, daß sich die entsprechenden Anträge nicht bei den Akten befänden. Da sämtliche Anträge tatsächlich eingereicht worden sind, müssen sie von dem sie bearbeitenden Beamten entweder verburnelt oder unterschlagen worden sein. Es muß verlangt werden, daß 1. die schuldigen Beamten zur Verantwortung gezogen werden, und daß 2. die geschädigten Kinder auf Grund sofort zu bearbeitender neuer Anträge zur deutschen Schule zugelassen werden.

Polnische Zeitung in deutscher Sprache geplant.

Das „Głos Pomorski“, das dem Pommereller Wojewoden nahesteht, meldete kürzlich, daß in Danzig demnächst eine in deutscher Sprache redigierte polnische Zeitung erscheinen soll. Das alte Betrugsspiel mit der „Baltischen Presse“, die sich vor Jahren bemühte, polnische Interessen in deutscher Sprache vor der internationalen Öffentlichkeit zu vertreten, soll demnach neu aufgelegt werden. Die „Baltische Presse“ mußte f. Z. ihr Erscheinen einstellen, weil sie in Danzig selber keine Leser fand und sich der wirkliche Zweck dieses Blattes im Ausland bald herumsprach, die beabsichtigte Ireführung also mißlang. Jetzt, heißt es in der Meldung des Lhoerner Blattes, seien die Aussichten für ein polnisches Blatt in deutscher Sprache in Danzig günstiger geworden. Die Presse der Danziger Oppositionsparteien sei auf Monate verboten und der Absatz des geplanten polnischen Organs sei damit ziemlich sichergestellt. Ob diese Spekulation

richtig ist, soll unerörtert bleiben. Eines aber muß von vornherein klargestellt werden: Von Danziger Seite müßte der Versuch, ein deutschsprachiges Polenorgan, dessen Verbreitungsgebiet die freie Stadt Danzig sein soll, als eine unzulässige Einmischung in innerdanziger Angelegenheiten aufgefaßt werden. Den Schutz des Minderheitenabkommens zwischen Danzig und Polen könnte ein solches Organ gegenüber den Danziger Behörden zweifellos nicht in Anspruch nehmen. Das Blatt würde dem Schicksal der im Emigrantenstil gehaltenen Oppositionspresse verfallen. Das Geld, das ein solches Zeitungsunternehmen kosten würde, könnten sich die Polen sparen.

Der größte Binnen-schiffahrtshafen Nordostdeutschlands.

Der neue Umschlaghafen in Deutsch-Utsch an der deutsch-polnischen Grenze ist nach 22monatiger Bauzeit jetzt in Betrieb genommen worden. Der neue Hafen ist der größte und modernste Binnen-schiffahrtshafen Nordostdeutschlands, der eine Umschlagkapazität von 250 000 Tonnen jährlich besitzt. Deutsch-Utsch, an der Mündung der Küddow in die Neße gelegen, gibt einerseits dem nördlich anschließenden Hinterland mit Schneidemühl Anschluß an das Binnen-schiffahrtsgesetz und bildet andererseits den westlich des Korridors gelegenen Brennpunkt des Binnen-schiffahrtsverkehrs nach und von Ost-

preußen. Mit der Fertigstellung des ist eine der wichtigsten Voraussetzungen eine nachhaltige Steigerung des Korridoransatzverkehrs die Binnenwasserstraßen schaffen. Auf dem Hafengelände werden in nächster Zeit einige Industriebetriebe stehen. Mit dem Bau eines Sägers wurde bereits begonnen.

Ein Fest auf der Kopschiner Schanze

Auf der Kopschiner Schanze, einer aus der Bronzezeit stammenden Befestigungsanlage zwischen Baugen und Kobersee, am 18. August großes Volksfest. Die „Domowina“, der wendisch sprechenden Deutschen, traf dort mit politischen, SA- und Hitlerjugend zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen. Das bunte Geplänkel der aus alten deutschen Trachten hervorgegangenen wendischen Trachten, der farbigen Kleider der Langgruppe der Kar-

Hitlerjugend und der Brauhennden der Gliederungen der NSDAP, paßte so recht in das sommerliche Bild dieser uralten deutschen Landschaft. Die Veranstaltung zeigte mit aller Deutlichkeit, wie töricht es ist, wenn in ausländischen Zeitungen und zuweilen ja auch in gewissen in Deutschland erscheinenden Organen von einem deutsch-wendischen Gegensatz oder gar von einer „Deutschen Fremdherrschaft“ in der Lausitz gesprochen wird. Wer sich auf der Kopschiner Schanze mit derartigen Behauptungen hätte hören lassen, wäre unter Gelächter davongejagt worden. Nach einigen in wendischer Mundart vorgetragenen Liedern begrüßte der Leiter der „Domowina“ die etwa 1000 bis 1200 Teilnehmer des Festes in deutscher Sprache und wendischer Mundart. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die Aufführung eines wendischen Theatersstückes, das trotz des liebevollen Verständnisses, mit dem die Spieler den Stoff zu meistern versuchten, wegen des Mangels einer wirksamen Handlung die Zuhörer nicht voll zu fesseln vermochte. Nach einem kurzen Schlusswort des Leiters der „Domowina“, dem „Sieg Heil“ auf den Führer und dem begeistert gesungenen Horst-Wessel-Lied führte die Tanzgruppe der Hitlerjugend noch einige Volkstänze auf, die braufenden Beifall auslösten. So war dieser Tag so recht der Ausdruck dafür, daß es in der Lausitz nicht den geringsten Gegensatz zwischen wendisch und deutsch gibt. Das, was man dort erlebte, war Volksgemeinschaft im besten Sinne des Wortes: für alle, die in der schönen Lausitz leben, gibt es nichts Trennendes, sondern nur eine Heimat, ein Vaterland und einen Führer.

Kiepura und Paderewski

Wie polnische Blätter wissen wollen, hat der Sänger Jan Kiepura die Absicht, von der Film- auf die politische Bühne hinüberzuwechseln. Er verspüre, wie feinerzeit der gute Klavierspieler und

schlechte Ministerpräsident Ignaz Paderewski, politischen Ehrgeiz und benutze schon jetzt seine Begegnungen mit ausländischen Politikern und Wirtschaftlern zur Anknüpfung von Beziehungen, die seinem Lande nützlich sein können. Der Absicht Kiepuras, dem schon seit einigen Jahren ein Kurhaus in der Latra besitz und auch an der größten polnischen Tageszeitung, dem Krakauer „Kurier“, finanziell beteiligt sein soll, liegt ein psychologischer Trugschluß zugrunde: Paderewski oder auch Chopin spielten und komponierten für ein politisch unfreies Volk; sie plaidierten mit ihrem Können für die „Wiedergutmachung eines Unrechtes“, das diesem Volk geschehen sein soll; sie konnten die Herzen zu Mitleid und Hilfsbereitschaft bewegen. Die „moralische“ Grundlage ihres Wirkens aber ist heute nicht mehr vorhanden. Es ist schön, wenn Kiepura singt: „La Donna e mobile“. Aber zur Klüßligmachung englischer Kapitalien für Polen oder zur Steigerung des polnischen Schweineexportes nach Deutschland bedarf es ganz anderer Mittel. — Auch der Klavierspieler Paderewski hat noch einmal von sich reden gemacht. Er geht auf seine alten Tage zum Film. Er hat sich nämlich einer Londoner Gesellschaft für einen Film zur Verfügung gestellt, in dem ihm die Rolle eines Musikers zugeteilt worden ist, der durch sein Spiel das Schicksal der Helden des Stückes, eines Liebespaars, zu wenden beflimmt ist. Paderewski, dessen Stern im Verblaffen ist, will sich, wie es scheint, auf diese nicht mehr ungetöhlliche Weise der Welt noch einmal in Erinnerung bringen.

Sterbegeldversicherung

stehe im Anzeigenteil!

Bücher über den Osten

Geschichte der Sudetendeutschen. Ein Volkshuch von Alfred Schmidtmayer. Adam Kraft Verlag, Karlsbad-Drachowitz-Leipzig 1936. 302 Seiten. Preis Leinen 3,75 RM. — Von der vorgehenden Zeit bis an den Weltkrieg heran führt Schmidtmayer durch die Geschichte des sudetendeutschen Landes. Der Reichtum historischen Wissens verbindet sich hier mit der Fähigkeit vollstündlicher Gestaltung des Stoffes.

Gewandt und überzeugend werden die Bilder der sudetendeutschen Entwicklung, die Perioden der glanzvollen Entfaltung, der blutigen Not und der arbeitsreichen Stille gezeichnet. Immer wieder erkennt man das Sudetendeutschtum als einen untrennbaren Teil des gesamtdeutschen Volkes, oft als dessen geschichtseghaltendes Herzstück. Man muß die Geschichte Böhmens (und Mährens) kennen, um die deutsche Geschichte

ganz begreifen zu können. Es fehlt im Bilde der deutschen Nation ein wesentliches Stück, wenn man nicht auch das Sudetendeutschum hinzusetzt. Schmidtmayer hat in seinem Buche die „böhmischen“ Rüge ins deutsche Anlied gezeichnet. Seine „Geschichte der Sudetendeutschen“ kann man nicht nur wegen der plastischen Meisterung des Stoffes, sondern auch wegen des Stoffes selber mit Recht als ein Volksbuch bezeichnen. Dr. K.

Friedrich der Große und Oberschlesien. Verlag „Der Oberschlesier“, Oppeln. Herausgeber Karl Czgodroff. 80 Seiten. Preis 2 R.M. — Die Juni/Juli-Nummer der ausgezeichneten Zeitschrift „Der Oberschlesier“ ist dem Gedenken Friedrichs des Großen gewidmet, dessen Todestag sich am 17. August zum 150. Male jährt. Das mit mehreren Karten und Bildern (u. a. einem bisher unerschlossenen Bildnis des Königs von Adolph von Menzel) vortrefflich ausgestattete Heft enthält eine Reihe wertvoller Beiträge. Prof. Andreas schreibt über Friedrichs Beziehungen zu Schlesien, Prof. Paubert über des Königs Einstellung zum Nationalitätenproblem. Klemens Lorenz weist an Hand der geschichtlichen und volkswissenschaftlichen Uebersetzung interessant über das Verhältnis des Alten Fritz zu seinen Oberschlesiern zu berichten. Andere Beiträge behandeln des Königs Fürsorge für Meise und Cosel, seine Förderung des ober-schlesischen Bauernstandes und des Bergbau- und Hüttenwesens, ferner seine Siedlungstätigkeit (Herbert Schlenker) und seine Bautätigkeit (H. A. Helms), usw. Mit der Herausgabe dieses Heftes hat „Der Oberschlesier“ einen ebenso heimatskundlich wie nationalpolitisch bedeutsamen Beitrag zu der Literatur über Friedrich des Großen geschaffen, für den man ihm Dank sagen muß. Dr. K.

Der Alte Fritz in Oberschlesien. Anekdoten um den Großen König. Eine Sammlung von Georg Hockel. Verlag „Der Oberschlesier“, Oppeln 1936. 63 Seiten mit einem Bild Friedrichs des Großen. Preis geb. 1,20 R.M. — Hockel hat hier drei Duzend Anekdoten über den Alten Fritz zusammengestellt, so wie sie noch heute in Oberschlesien leben. Manche sind in dieser oder anderer Form auch in anderen Landesteilen bekannt, manche sind wohl auch nicht so, wie sie sich in der mündlichen Ueberslieferung erhalten haben, geschichtlich verbürgt. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist vielmehr, daß Friedrich der Große in diesen kleinen Geschichten, die ihn als den schlichten und getreuen, um die Not der Armen besorgten und sich um alles kümmernden König schildern, in der ober-schlesischen Bevölkerung fortlebe, daß ihn das Volk dort als seinen Helden und Lieblingekönig verehrt. Als Beitrag zum Gedenken des Todestages des Königs, der im Herbst d. J. zum 150. Male wiederkehrt, ist das einfach und geschmackvoll aufgemachte Bändchen zu begrüßen. Dr. K.

Meine Zeit. Illustrierte Volksausgabe der zeitgenössischen Werke Friedrich des Großen. Herausgegeben von Eberhard

Kessel. Bibliographisches Institut N. O., Leipzig 1935. 312 Seiten. Preis Leinen 5,80 R.M. — Friedrich der Große hat nach jedem Abschnitt seiner Regierung seine Gedanken über die politischen und militärischen Ereignisse des zurückgelegten Zeitabschnittes in Schriften niedergelegt. Diese „Denkwürdigkeiten“, vom König selbst in französischer Sprache verfaßt, sollten keine Lebenserinnerungen sein; sie sind Beiträge zur Zeitgeschichte, in denen der König selbst als handelnde Person nicht anders als die anderen Staatsmänner oder Heerführer erscheint. Friedrich der Große entwirft in diesen Schriften das Bild seiner Zeit, wie er es selbst gesehen wissen wollte. Seine Nachkommen sollten aus seinen Darlegungen lernen. Daraus erklärt es sich, daß er sich vielfach so eingehend über Einzelheiten militärischer Operationen oder diplomatischer Unternehmungen verbreitet. In dem vorliegenden Bande sind mit einigen Kürzungen die „Geschichte meiner Zeit“, die die beiden ersten schlesischen Kriege behandelt, die „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“ und die „Denkwürdigkeiten vom Frieden von Hubertusburg bis zum Teschner Frieden“ zusammengefaßt. Es ist reizvoll und interessant, Friedrich den Großen selbst über die Gründe sprechen zu hören, die ihn zu seinen großen Entschlüssen veranlaßt haben, (zum Krieg gegen Habsburg und zur Erwerbung Westpreußens) mit denen er Preußens Großmachstellung schuf, wie er selbst über den Gang der Ereignisse urteilt und den Erfolg seiner Bemühungen wertet, wie er seine Gegner einschätzt, strategische Möglichkeiten abwägt, „Schachzügen“ schildert, was „Teey Infanterie“ Intrigen entwirft, die Tapferkeit seiner Armee hervorhebt und über Fehler spricht, die gemacht worden sind. Es ist begrüßenswert, daß die politisch-militärischen Schriften des Großen durch diese volkstümliche Neuausgabe einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht worden sind. Dr. K.

Mont Royal. Ein Buch vom himmlischen und vom irdischen Reich. Von Werner Neumeuburg. Gerhard Stalling Verlagbuchhandlung, Oldenburg i. O. und Berlin 1936. 291 Seiten. Preis Ganzleinen 5,50 R.M. — Dieses neue Buch Werner Neumeuburgs, dessen viel gelesene Werke zu den besten politischen Literatur der Nachkriegszeit gehören, ist mit dem Literaturpreis der Hauptstadt Berlin ausgezeichnet worden. Die Mont Royal — das ist die Feingefelle, die Ludwig XIV. bei Trarbach an der Mosel anlegen ließ zur Sicherung der „reunierten“ Länder und als Ausgangsbasis für neue Eroberungen deutschen Landes. In dieser Zeit spielt die Handlung des Buches: Frankreich steht auf der Höhe der Macht. Das Deutsche Reich aber ist ein Gespött seiner Nachbarn, für seine Fürsten ein Verworb, eine Kanzleiangelegenheit seines Kaisers und eine Kaperrei für die Pfaffen. Ein Bauernsohn aus der Trarbacher Gegend, der als Junge seinen Eltern entläuft, als Soldat durch Deutschland, den Balkan und Frankreich kommt, trägt in sich den Glauben ans Reich und die brennende Sehnsucht nach ihm, den

Glauben an das irdische Reich, das mit dem Willen und der Waffe erkämpft werden muß, das nicht mit den Gebeten der Pfaffen vom Himmel erlöst werden kann. „Die Menschen wollen erfahren, daß es ein irdisches Reich gibt, in dem sie sich bewähren müssen. Wer aber das himmlische vor dem irdischen erstrebt, der wird zum Verräter an ihnen“. Von dem Glauben an das kommende Reich ist der Held des Buches erfüllt, als ihn im belagerten Wien ein türkischer Pfeil niederstreckt, als er sich in Marseille von einem französischen Regiment anwerben läßt, um wieder in die Heimat zu kommen, als er durch die Gasse französischer Spießruten läuft, als er in brandenburgische Dienste tritt, weil er glaubt, dort für das Reich kämpfen zu können, als er in Eifel und Hundsrück die freiheitsliebenden Männer zum heimlichen Klein-

krieg gegen die französischen Nordbrenner und Blutlangerer aufruft und auch noch, als er im Angesichte des Mont Royal gehetzt, zerlumpt und zerföhunden verhungert. Die großen Herren verstanden ihn nicht; die Pfaffen lehnten den Glauben an das himmlische Reich und die Unterwerfung unter die Feinde des irdischen Reiches. Nur das Volk seiner Heimat erhob sich, um die Freiheit deutschen Bodens zu schützen, und es erschlug die Feinde, wo es sie traf. Es ist ein geschichtliches Thema, das Beunelburg mit großer Gestaltungskraft aufrollt. Aber ein Thema, das zur Gegenwart in unmittelbarem Zusammenhang steht: Der Kampf um die Grenzen ist ewig, der Deutsche ist immer auf dem Weg zu sich selbst, und das deutsche Volk ist immer auf dem Wege ins Reich.
Dr. R.

Sachsen

Lieferant des B.D.O.

für
Gummistempel - Metallstempel
Numeroseure - Paginier - Maschinen
- Kissen - Farben - Halter -

Stempelfabrik
Arno Lietz, Dresden A1
Breite Str. 6 - Ruf 22385

Zuverlässig und preiswert
Eilige Gummistempel in wenig
Stunden!

Teller & Roßberg
Neugersdorf, Sa.
Grenzlandgebiet

Herstellung von Druck-
sachen aller Art • Massen-
auflagen auf Rotations-
maschinen • Buntdrucke

Berlag der
Oberlausitzer Tageszeitung

Druckerei
Bürobedarf - Büromöbel
Mercedes-Schreibmaschinen

Zocher

Dresden, Wilsdruffer Straße 24

Wir bitten unsere Bezieher diese
Inserate besonders zu beachten!

Schlesien

**Plakate
drückt!
Speer.**

BRESLAU, OFENERSTR. 122
TEL. 56725

Buchdruckerei
Lampner & Schmidt
Breslau 1, Herrenstr. 7
Spez. Karten- u. Plandruck
in schwarz und bunten
Lieferant des
„Bundes Deutscher Osten“

Victor Zimmer
Breslau, Albrechtstraße 52
Buchhandlung

Eine kleine
Anzeige ist
besser
als keine
Anzeige

Frankfurt O.



Mod. Rollfilm-
Kamera 6x9
in Tasche u. 2 Filmen
u. 4 A Obj. 1:6, 3. Janst.
Preis 29.50 Nachr.
9.50 Rest in 2 Raten
Dipl. Optiker

Alfred Platzek
Frankfurt/Oder

Berlin

Für Ihre

Druckarbeiten

Westkreuz - Druckerei

Berlin-Lichtenrade
Moltkestraße 7

Den Mitgliedern des Bundes
Deutscher Osten und dessen angeschlossenen Verbänden
bietet sich Gelegenheit

Sterbegeldversicherungen

in Höhe von RM. 100,- bis RM. 1500,-
zu günstigen Bedingungen abzuschließen

STERBEFURSORGE
Verwaltungsg. Aufbaubereich f. Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
Berlin W 30, Moltzstr. 46

MÖBEL
KAMERLING, BERLIN
N. Kastanienallee 56
Kasse u. Teilzahlung

Bücher unserer Zeit

RUDOLF SCHRICKER

Das Ende von Versailles

Mit 94 Abbildungen

Der Geist von Versailles, die Quelle der Verleumdung Europas, muß aus dem deutschen Volke verschwinden, um das friedliche Aufbaupwerk Adolf Hitlers nicht zu gefährden. Rudolf Schricker, der bekannte Autor geschichtspolitischer Werke, enthält mit schonungsloser Offenheit den Küstungswahlplan der Welt, die ewige Bedrohung und Herausforderung deutscher Lebensinteressen und beweist mit unüberlegbarer Sachlichkeit, daß nicht das deutsche Volk, sondern die alliierten Mächte selbst das Diktat von Versailles gebrochen und illusorisch gemacht haben. In 100 packenden Aufnahmen, die einer friedlosen Welt das friedliche Deutschland gegenüberstellen, zeigt sich das wahre Gesicht des heutigen Europa.

S. ZOGLMANN / H. HOFFMANN jr.

Jugend erlebt Deutschland

Mit 64 Abbildungen. Beleitwort: Baldur von Schirach

Deutsche Jugend aller Länder erlebt das neue Deutschland. In 64 meist ganzseitigen Bildern zeigen die Verfasser S. Zoglmann und H. Hoffmann jun. den Geist, der die Jugend Adolf Hitlers befeuert. Ein bezeugendes Bildeokument von bleibendem Wert ist dieses Buch, ein Bekenntnis zu Völkerverständigung und Völkerfrieden.

EHRING-REINECKER

Jugend in Waffen

Mit 80 Abbildungen

Während das neue Deutschland seine Jugend zu friedlicher Aufbauparbeit erzieht und sich bemüht, der jungen Generation die Schrecken des Krieges fernzuhalten, wird in vielen Ländern Europas die heranwachsende Jugend militärisch geschult und ausgebildet. Ehring-Reinecker stellen in etwa 80 einzigartigen Bildern dieser militärischen Erziehung fremdvölkischer Jugend jenen friedlichen Aufbaumwillen entgegen, der die Träger der deutschen Zukunft — die Hitlerjugend — beherrscht.

Jeder Band kart.

2⁸⁵
RM

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW61